

614/AB XXI.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 616/J - NR/2000, betreffend Welser Westspange, die die Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde am 6. April 2000 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Vorweg darf ich zu den in der Einleitung der Anfrage angeführten Behördenverfahren folgendes feststellen:

Verstoss gegen Natura - 2000 - Richtlinien:

Die ÖSAG, als Bauführer ist mit dieser Frage offiziell nicht befasst. Die diesbezügliche Zuständigkeit liegt im autonomen Bereich des Landes Oberösterreich, welches allenfalls bei der Festlegung des Natura - 2000 - Gebietes säumig sein könnte. Tatsache ist dass die Welser Westspange nicht in ein Natura - 2000 - Gebiet fällt.

Gegen den Naturschutzbescheid wurde von der Gemeinde Steinhaus beim Verfassungs - gerichtshof Beschwerde erhoben, der VfGH hat keine aufschiebende Wirkung zuerkannt. Die Entscheidung des VfGH ist noch offen.

Gleichfalls wurde gegen den in Rechtskraft erwachsenen Wasserrechtsbescheid ein außer - ordentliches Rechtsmittel die Beschwerde beim VwGH, eingebracht.

**Zu den Fragen 1, 2 und 3:**

Der Bau der Welser Westspange wurde der Österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen AG übertragen. Der Baubeginn ist - aufgrund des Vorliegens aller rechtskräftigen Bescheide - bereits erfolgt.

**Zu Frage 4:**

Bis heute wurden ca. 250 Mio S in die Planungen, Bauvorbereitungen und Grundeinlösen investiert.

**Zu Frage 5:**

Kompensations - und Ausgleichsflächen sind derzeit im Ausmaß von ca. 60 ha vorhanden, wobei sich der Grundeinlösepreis für die Kompensationsflächen nach deren ursprünglicher Nutzung richtet.

**Zu den Fragen 6 und 7:**

Aus dem Budget der ASFINAG stehen für die Errichtung des Abschnittes Wels - Sattledt im Zuge der A 8 Innkreis Autobahn für das Jahr 2000 301,5 Mio S, für das Jahr 2001 462,1 Mio S, für das Jahr 2002 455,9 Mio S und für die Jahre 2003 ff. 451,1 Mio S zur Verfügung.

**Zu Frage 8:**

Nein.

**Zu Frage 9:**

Ja.

Vor Baubeginn wurde vom Büro Kronawetter in Zusammenarbeit mit dem Bundes - ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, der Autobahnen - und Schnellstraßen Finanzierungs AG und der Österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen AG eine Variantenstudie erstellt und Anfang 1999 dem Rechnungshof übermittelt. Damit wurde der Aufforderung des Bundesrechnungshofes Rechnung getragen.